



Audit Committee Quarterly

I/2024

DAS MAGAZIN FÜR CORPORATE GOVERNANCE

**Audit Committee
Institute e.V.**

Gefördert durch



EUROPAWAHL 2024

Audit Committee Institute e.V. (ACI)
THE SQAIRE • Am Flughafen 60549 Frankfurt am Main
Telefon +49 69 9587-3040 Fax +49 1802 11991-3040
E-Mail aci@kpmg.de www.audit-committee-institute.de

Michael Salcher:

Die Energietransformation ist in vollem Gange –
eine Einordnung des Strommarktes mit Blick auf
die Europawahl



Michael Salcher ist Head of Energy & Natural Resources sowie Regionalvorstand Ost der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Die Energietransformation ist in vollem Gange – eine Einordnung des Strom- marktes mit Blick auf die Europawahl Autor: **Michael Salcher**

Die europäische Energiewende hat eine entscheidende Phase erreicht: Auf nachhaltige Energiequellen umzusteigen, dient nicht nur dem Erreichen von Klimazielen, sondern ist auch zur wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeit geworden. Mit der Wahl des neuen Europäischen Parlaments sollen weitere Weichen gestellt werden, um die beschlossenen Klimaziele zu erreichen. Für Deutschland stehen insbesondere Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit der europäischen Energieversorgung im Vordergrund.



Erneuerbare Energien und Kraftwerksstrategie in Deutschland

Deutschland hat bedeutende Fortschritte bei der Umstellung auf erneuerbare Energien gemacht. Der Kohleausstieg soll bis spätestens 2038 realisiert werden, und der letzte Reaktorblock wurde im April 2023 vom Netz genommen. Im Jahr 2023 betrug der Anteil erneuerbarer Energien bereits über 50 Prozent an der deutschen Bruttostromerzeugung. Während dabei der Anteil der Kohleverstromung sank, stieg die Nutzung von Erdgas zur Stromerzeugung um fast ein Drittel im Vergleich zu 2022. Die Abschaltung der letzten deutschen Kernkraftwerke hat sich nicht per se negativ auf die Entwicklung der Stromgroßhandelspreise für Industrie, Händler und Stadtwerke ausgewirkt.

Trotz dieser Fortschritte stehen wir in Deutschland vor neuen Herausforderungen. Die Ausbaugeschwindigkeit der erneuerbaren Energien muss sich bis 2030 verdreifachen, um den Kohleausstieg zu bewältigen und um grünen Wasserstoff herzustellen. Neue Gas- und Wasserstoffkraftwerke müssen Schwankungen in Form von Lastspitzen und Engpässen der Versorgung auffangen. Die aus diesem Grund von der Bundesregierung im Februar dieses Jahres beschlossene Kraftwerksstrategie birgt jedoch enorme Risiken. Sie gilt als unzureichend in Bezug auf die zu erwartende Stromnachfrage, da sie aus Sicht der Energiewirtschaft den Bedarf deutlich unterschätzt.

Die Diskussion ist jedoch in einem europäischen Kontext zu führen. Ein gemeinsamer Energiebinnenmarkt, verbundene Stromnetze und die grenzüberschreitende Nutzung von Erzeugungskapazitäten können eine hohe Versorgungssicherheit bei gleichzeitiger Chance auf bezahlbare Strompreise gewährleisten.

Energiewende im EU-Kontext

Im Jahr 2023 hat Deutschland seit über 20 Jahren erstmals mehr Strom importiert als exportiert. Rund 10 Prozent des deutschen Strombedarfs wurden aus verschiedenen Ländern eingeführt. Dänemark, Frankreich und Norwegen gehörten zu den Hauptlieferanten.

Der Grund für diese Entwicklung liegt aber nicht primär an der Nachfrage, denn Deutschland hätte den Bedarf auch mit eigenen Erzeugungskapazitäten bedienen können. Stattdessen spielte der Preis eine Rolle: Strom ist hierzulande generell seit Herbst 2021 deutlich teurer geworden. Unser Kohlestrom hat sich aufgrund des höheren CO₂-Preises verteuert, zudem sind die Beschaffungskosten für Steinkohle infolge des Ukraine-

kriegs gestiegen. Deutschland importiert vor allem günstigeren grünen Strom, gefolgt von Strom aus Kernenergie.

Für die deutsche Energiewende ist der Stromhandel mit den Nachbarländern aber nicht nur wegen des Preises von Vorteil. Denn wir verfügen noch nicht über genügend Speicherkapazitäten im Inland, um witterungsbedingte Schwankungen bei Wind- und Solarstrom auszugleichen, insbesondere bei den Bedarfsspitzen morgens und abends.

Nationale Energieversorgungsstrategien vs. europäische Strommarktausrichtung

Bei der Versorgungssicherheit und beim Preis spielen der Import und Export bzw. die gesamteuropäische Erzeugung eine entscheidende Rolle. Allerdings verfolgen die EU-Mitgliedstaaten nationale Strategien zur Sicherung ihrer Energieversorgung, obwohl der Strommarkt bereits europäisch organisiert ist und der Verbrauch von Strom unabhängig vom Standort der kostengünstigsten Produktion erfolgen soll.

Nationale Interessen können diesen Preismechanismus negativ beeinflussen: Falls doppelte Strukturen in den Ländern bei Erzeugung, Speicherung und Verteilung aufgebaut werden, können diese im Ergebnis für die Stromkunden sehr teuer werden.

Jeder EU-Mitgliedstaat wurde von der EU-Kommission aufgefordert, Maßnahmen zur Erreichung von Energie- und Klimaschutzziele zu initiieren und zu berichten, u. a. im Hinblick auf die Modernisierung der alternden Kraftwerksinfrastruktur, die Entwicklung und Integration von Speichertechnologien sowie den schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien und der erforderlichen Netzinfrastruktur.

Reform des EU-Strommarktdesigns angestoßen

Um die Energiepolitik der Mitgliedsländer aus Sicht der Verbraucher zu vereinheitlichen, wurde eine Reform des Strommarktes mit dem Ziel einer langfristigen Preisstabilität und Versorgungssicherheit initiiert. Das Europäische Parlament hat dieser im April 2024 zugestimmt. Nun bedarf es der Zustimmung der Mitgliedstaaten. Nachdem im vergangenen Jahr die Strompreise drastisch gestiegen waren, hatten Wirtschaft, Verbrauchervertreter und die Politik eine Reform des europäischen Strommarktes gefordert. —————>

Nationale Preisfestsetzungen auf Basis des jeweiligen Erzeugungsmixes werden bestehen bleiben. Sogenannte Differenzverträge sind künftig die Basis für eine Regulierung des europäischen Strommarktes. Länder und Stromerzeuger vereinbaren einen garantierten Strompreis. Liegt der aktuelle Strompreis unter dem garantierten Preis, zahlt der Staat die Differenz und subventioniert somit den Stromerzeuger. Liegt der Strompreis darüber, ist der Stromerzeuger verpflichtet, die Differenz an den Staat zu zahlen. Die Differenzverträge sollen vor allem Investitionen in Strom- und Windkraftanlagen sichern.

Damit können überschüssige Gewinne abgeschöpft und von den EU-Mitgliedstaaten umverteilt werden. Dies ist ein wichtiger Schritt, Anreize zu Investitionen und zur Versorgungssicherheit zu setzen – insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Bedarf weiter steigen wird, wenn u. a. die Gaswirtschaft etwa bei der Wärmeversorgung durch Strom ersetzt wird. Natürlich stehen auf der politischen Agenda zudem auch Projekte im Bereich der Wasserstoffwirtschaft sowie CO₂-Effizienzinitiativen wie Carbon Capture and Storage.

Im Reformpaket sind unterschiedliche Interessen der EU-Länder berücksichtigt worden. Die Strommarktreform sieht eine weitere Förderung von Kernkraft- und Kohlekraftwerken in einzelnen EU-Mitgliedstaaten vor. Kernkraftwerke sollen von der gleichen Art der Förderung profitieren wie erneuerbare Energien. Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, finanzielle Mittel aus bestehenden Kernkraftwerken abzuschöpfen, die für die Stabilisierung der Strompreise oder für Investitionen in neue Kernkraftwerke genutzt werden können. Aber auch die weitere Nutzung von Kohlekraftwerken soll durch einen Kapazitätsmechanismus profitieren. Dieser Mechanismus trägt dazu bei, Kohlekraftwerke im Netz zu halten, und belohnt sie dafür, dass sie die Versorgungssicherheit in Zeiten geringer erneuerbarer Energieerzeugung stärken.

Weitere Reformen in den kommenden Jahren erforderlich

Eine übergeordnete, koordinierte und integrative Energiepolitik ist für die EU unerlässlich, um im Wettbewerb der Industrieländer zu bestehen und auch stabile und bezahlbare Preise für die Bevölkerung zu ermöglichen. Dafür gilt es, nationale Interessen zu überwinden, die Vorteile eines übergreifenden europäischen Energiemarktes zu erkennen und Planungssicherheit für die beteiligten Akteure zu schaffen. Dann wäre auch die Energiewende in Deutschland weitgehend abgesichert.

Hierzu braucht es aus meiner Sicht weitere Maßnahmen, u. a.:

- ein integriertes europäisches Stromnetz, das den Austausch von Energie zwischen den Ländern erleichtert und die Integration erneuerbarer Energien unterstützt;
- ein flexibles Strompreissystem, das die Nachfrage nach Strom in Echtzeit widerspiegelt und Anreize für die Verbraucher schafft, Strom zu sparen oder zu bestimmten Zeiten zu verbrauchen;
- eine klare Regulierung und einheitliche Standards für den Strommarkt, um faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen und Investitionen in erneuerbare Energien zu fördern;
- die Förderung von Innovationen und neuen Technologien, um die Effizienz und Nachhaltigkeit der Stromerzeugung und -verteilung zu verbessern;
- ein Parlament in den kommenden fünf Jahren, das den eingeschlagenen Weg zur Transformation weiter fordert und fördert.

Die zukünftigen Vertreter:innen im Europäischen Parlament müssen eine europäische Perspektive einnehmen. Bislang waren zahlreiche Green Deal-Gesetze im Europäischen Parlament durch ausreichende Mehrheiten der Parteien möglich, die Klimaschutz fördern wollten und Kompromisse erkämpften. Die EU-Parlamentswahl wird Mehrheiten bestimmen – wenn nun nationale Interessen vorangestellt werden, die den Mitgliedstaaten mehr Einfluss und Autonomie ermöglichen, wird ein gemeinschaftlicher, übergeordneter Konsens deutlich schwieriger und wichtige Klimainitiativen sicher erschwert. ←